

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Tiefer Griff in die Taschen „der kleinen Leute“

Mit der größten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik haben SPD und Union den Weg dafür frei gemacht, die Bevölkerung mittelfristig um rund 28 Milliarden Euro pro Jahr zu erleichtern. Die zusätzlichen Abgaben treffen vor allem die ärmeren Schichten sowie kleine Unternehmen. Die zugleich beschlossene „Reichensteuer“ bringt rund 127 Millionen Euro ein. Sie ist damit nicht mehr als ein kosmetischer Ausgleich.

Vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist ein einziger Skandal. Vor der Bundestagswahl war die SPD gegen 2%-Mehrwertsteuererhöhung, jetzt kommen 3%.

Die Linksfraktion und Sozialverbände kritisierten, die Steuererhöhung treffe vor allem sozial Schwache.

Genau so unsozial ist die Erhöhung des Renteneintrittsalter. Der damalige Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) am 9. Juli 2005: „...es gibt jetzt überhaupt keinen Grund, das Renteneintrittsalter auf 67 zu erhöhen.“ Jetzt will er die Rente ab 67. Das ist Wahlbetrug, aber auch ein politischer Unsinn. Mittlerweile weiß jeder, dass gerade die Älteren, die er länger arbeiten lassen möchte, auf dem Markt überhaupt nicht gefragt sind, sondern abserviert werden.

Die Anhebung der Mehrwertsteuer soll in erster Linie den Haushalt sanieren. Dass man auch mal bei den Banken und Großkonzernen was holen kann, daran denkt in dieser Großen Koalition niemand. An Rüstungskürzungen auch nicht. Dafür kriegen wir jetzt immer mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr die viele Millionen kosten.

Von den Steuererhöhungen betroffen ist auch die Versicherungssteuer. Es dürfte sicher sein, dass die Versicherungskonzerne die Steuererhöhung auf ihre Kunden umlegen.

Selbst Bahnreisende werden von SPD und Union zur Kasse gebeten. Die Regionalisierungsmittel werden schrittweise um fast 900 Millionen Euro im Jahr gekürzt, wodurch sich die Fahrpreise entsprechend verteuern dürften.

Die neoliberale Koalition hat auch Hand an die Pendlerpauschale gelegt. Die 30 Cent pro Kilometer gibt es ab dem kommenden Jahr erst ab dem 21., für Entfernungen bis zu 20 Kilometern zwischen Wohnung und Arbeitsplatz kann der Weg zur Arbeit dagegen nicht mehr beim Finanzamt geltend gemacht werden.

Weitere Kürzungen gibt es u.a. beim Sparrerfreibetrag sowie beim Kindergeld, das ab 2009 nur noch bis zum 25. statt wie bisher bis zum 27. Lebensjahr gezahlt wird. Alles in allem ein neuer schamloser Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger.

Gleichzeitig gibt es Presseberichte über die gestiegenen Bezüge der Aufsichtsräte und Vorstände deutscher Konzerne im vorigen Geschäftsjahr. Bei den DAX-Unternehmen gab es einen Anstieg von 19 Prozent.

Was gab es noch für Überschriften? „Hartz IV: SPD will Härte - Sozialdemokraten verlangen weitere Kürzungen beim Arbeitslosengeld II. Merkel signalisiert Einverständnis“. Zeit zum Aufstehen.

Schweigen

Ich gehöre immernoch zu jenen, die meinen man muß SPD und CDU unterschiedlich beurteilen. Das fällt mir zugegeben immer schwerer.

Die SPD profiliert sich derzeit damit, Versprechen zu brechen und Ohrfeigen auszuteilen.

Denn abgesehen vom gebrochenen Wahlversprechen, dass die Mehrwertsteuer nicht kommen werde, mit der nun Arbeitslose, Rentner wie alle Beschäftigten jene zig Milliarden bezahlen sollen, die zuvor Unternehmen geschenkt wurden, setzt Peer Steinbrück jetzt noch eins drauf. Keine Rede mehr von einer „weitgehend aufkommensneutralen“ Unternehmensteuerreform. Wieder darf sich die Wirtschaft über Präsentefreuen – rund zehn Milliarden Euro.

Es ist unmoralisch, wenn sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hinstellt und lauthals weitere Einschnitte bei Hartz IV proklamiert. Und – nicht zu vergessen – mal wieder die Schmarotzer-Debatte anheizt. Die SPD hatte wahrlich genug Zeit, sich die Folgen der unsäglichen Hartz-IV-Gesetze zu überlegen.

Und vor Ort? Die zunehmende Verarmung vieler Menschen macht um unsere Stadt keinen Bogen.

Die Sozialverbände, die Kirchen, die Kommunalpolitiker wissen es.

Viele erwarten von der Partei die sich „Sozial“demokratisch nennt, mehr als von der CDU.

Natürlich gibt es viele Sozialdemokraten, die höchst unglücklich sind über die Politik ihrer Parteioberen. Aber sie schweigen. Wie soll sich aber da was ändern?

Rudi Hechler

rh



Die Fußball-WM und die „Wirtschaftsimpulse“

Die Fußball-WM wird der Konjunktur einen spürbaren Schub verleihen - so jedenfalls versprechen es Politiker und Sponsoren. Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute sind in dieser Hinsicht erheblich pessimistischer - so „t-online“ (18.5.).

Andere Touristen werden fernbleiben

Unbestreitbar sei die am 9. Juni beginnende Fußball-WM ein herausragendes sportliches und kulturelles Ereignis, schrieb die Berliner Forscher. Der Volkswirtschaft bringe sie jedoch keinen Schub selbst dann nicht, wenn Deutschland Weltmeister werden sollte: „Von der Fußball-WM (...) werden keine nennenswerten konjunkturellen Impulse ausgehen.“ So würden zwar einerseits ausländische Fußball-Fans nach Deutschland strömen, andere Touristen aber wegen befürchteter Preiserhöhungen fernbleiben.

Wenig Hoffnung für die Reisebranche

Ähnlich verhält es sich dem DIW zufolge mit den zwischen einer und 1,8 Milliarden Euro geschätzten Ausgaben der Fußball-Touristen. Bei der Fußball-WM 1998 in Frankreich seien die Zahl der Touristen und damit ihre Ausgaben jedenfalls übers Jahr betrachtet nicht aus dem üblichen Rahmen gefallen. Dasselbe gelte für die Fußball-Europameisterschaft in Portugal und die Olympischen Spiele in Griechenland vor zwei Jahren. In Deutschland sei aus dieser volkswirtschaftlichen Perspektive weder durch die Europameisterschaft 1988 noch die WM 1974 die Nachfrage im

Hotel- und Gaststättengewerbe insgesamt gestiegen.

Mehr Waren könnten verkauft werden

Nicht ausgeschlossen werden könne, dass mehr Waren verkauft würden, die in Zusammenhang mit der WM stünden, schrieben die Forscher: „Aber ob die Kunden mehr zu Backwaren greifen, weil sie nun Weltmeisterbrötchen heißen, ist eher zweifelhaft.“ Konjunkturell entscheidend sei sowieso, ob der private Verbrauch insgesamt steige: „Auch bei früheren Sportgroßereignissen in Deutschland ist keine auffällige Entwicklung des privaten Verbrauchs festzustellen gewesen“.

Konjunktureffekt in anderen Ländern nicht feststellbar

Auch von einer allgemein besseren Stimmung durch die WM gingen keine zusätzlichen Impulse aus, schrieb das DIW. Solche Aussagen könnten sich „weder auf eine ernstzunehmende Theorie noch auf eine solide Empirie stützen“. Für andere Länder sei ein solcher Effekt jedenfalls nicht feststellbar gewesen. Ein gutes Abschneiden der deutschen Elf hätte also keine positiven Auswirkungen auf das wirtschaftliche Verhalten.

Sicher werden manche Arbeitslose und ärmere Bevölkerungsschichten von ihrer Misere abgelenkt. Der Slogan „Brot und Spiele“ bleibt aktuell. Sicher ist aber ebenfalls, die Weltmeisterschaft wird vergehen, der Jubel und Trubel verstummt wieder, aber Hartz IV bleibt.

Gesicht zeigen

Der ehemalige Regierungssprecher der alten rot-grünen Bundesregierung, Heye, gab Mitte Mai in einem Interview im Deutschlandfunk eine „Reisewarnung“ für dunkelhäutige WM-Besucher aus. Es gebe „kleine und mittlere Städte in Brandenburg und anderswo“, wo er „keinem, der eine andere Hautfarbe“ habe, „raten würde, hinzugehen“. Die Besucher könnten an solchen Orten in große Gefahr geraten und würden diese „möglicherweise lebend nicht wieder verlassen“. Bei etlichen Politikern stieß diese Aussage auf Unmut. Brandenburgs Ministerpräsident Platzeck (SPD) warf Heye vor „das Land zu verunglimpfen“. Der Brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm behauptete gar, Heye würde „plakative, irreführende Äußerungen von sich geben ... er hat sich mit dem Sachverhalt nicht auseinandergesetzt“. Heye hat sich allerdings sehr wohl mit den Tatsachen auseinandergesetzt. Vor allem mit der, dass die Bundes- und Länderregierungen sichtbar bemüht sind, die rechten Gewalttaten herunterzuspielen. So wird die Zahl der Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit der Wiedervereinigung 1990 bis zum Jahr 2003 offiziell mit 39 angegeben. Journalisten der *Frankfurter Rundschau* und des *Tagespiegel* haben im Jahr 2000 eigene Recherchen begonnen und 99 Fälle dokumentiert, in denen Menschen seit 1990 aus rechtsextremen Motiven getötet wurden. Nach Angaben des Vereins „Gesicht zeigen“, dessen Vorsitzender Heye ist, hat es seit 1990 sogar durchschnittlich 17 Todesopfer rechter Gewalt pro Jahr in Deutschland gegeben. Rechtsextreme Gewalt gibt es also nicht erst seit den jüngsten Überfällen in Potsdam auf Ermyas M. und in Berlin auf den Linkspartei-Abgeordneten Giyasettin Sayan. Zustimmung bekam Heye u. a. vom Zentralrat der Juden in Deutschland und der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

„Die Bereitschaft wegzusehen hat zugenommen“, sagte Heye. Das trifft u. a. auch auf Leute wie Platzeck und Schönbohm zu. Diese spielen aus Angst um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ den zunehmenden Rechtsextremismus herunter und setzen damit bewusst zugunsten der Kapitalanleger die Gesundheit und das Leben von Migranten, Juden, Punks, Obdachlosen, Homosexuellen, Linken und allen anderen Menschen aufs Spiel, die nicht in das Weltbild der Nazis passen.

BjDo

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Gutachten überarbeiten

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert, dass die gesamte Anhörung zum Planfeststellungsverfahren der Flughafenerweiterung wiederholt wird.

Der BUND reagiert damit auf die neue Luftverkehrsprognose der Fraport, nach der bis zum Jahr 2020 mindestens 40% mehr Starts und Landungen möglich werden sollen, als nach bisherigen Angaben auf dem vorhandenen Bahnsystem möglich seien.

Da die Luftverkehrsprognose die Eingangsdaten für die alle anderen wichtigen Gutachten, z. B. zum Lärm, zu den Schadstoffen, zum Flächenverbrauch oder zur Sicherheit, bildet, müssen die neuen Planungsgrößen zwangsläufig in die bisherigen Gutachten eingearbeitet werden. Auch die Belastungen für das Straßenverkehrs- und das S-Bahnnetz im Rhein-Main-Gebiet müssen neu gerechnet werden. Schon die alte Planung hatte hier für die Kelsterbacher Spange (B43n) eine Überkapazität ausgewiesen, ohne dieses Problem zu lösen. Völlig klar ist, dass eine höhere Bewegungszahl die Umweltbelastungen insbesondere beim Lärm und bei den Schadstoffen erhöhen wird. Klar ist auch, dass eine größere Bewegungszahl die Sicherheitsrisiken, die aus dem Vogelschlag, die Nähe zum

Fernbahnhof und nicht zuletzt durch das Heranrücken an die TICONA bestehen, erhöhen werden.

Erst nach der Überarbeitung der Gutachten wird man die tatsächlichen und die rechtlichen Auswirkungen beurteilen können.

Der BUND weist daraufhin, dass die neue Prognose immer noch weit unter der technisch möglichen Auslastung bleibt. Diese wird nach der Kalkulation im Auftrag der Initiative Zukunft Rhein-Main, rund 900.000 Jahresbewegungen betragen. Die nun geplanten 700.000 jährlichen Bewegungen bestätigen, dass die Fraport mit ihrer früheren Planung die Realität verschleiern wollte.

Gedenkstätte neu errichtet

Im Zuge der Bauarbeiten am Waldstadion musste das Gedenkkreuz für die Pfarrersfamilie Jürges und Gesine Wagner, am Eingang Waldstadion weichen. Nach Abschluß der Arbeiten wurde jetzt ein neues Kreuz errichtet. Rechtzeitig, um an Pfingsten wieder an die Katastrophe vor 23 Jahren zu erinnern. Die Opfer selbst waren in der Friedensbewegung der 80er Jahre engagiert und kamen zu Tode, weil auf der damaligen Air-Base eine militärische Kriegswaffenschau stattfand und einer der Militärflieger bei der Flugschau abstürzte.

Neues vom „guten Nachbarn“

Der „gute Nachbar“ versuchte wieder die Leute zu beschummeln. Seither war klar: Der Ausbau des Frankfurter Flughafens sollte 657.000 Starts und Landungen im Jahr ermöglichen. So hatte es Fraport für das Jahr 2015 hochgerechnet. Das war Grundlage für alle Gutachten, die die Auswirkungen von noch mehr Fluglärm, Schadstoffen und einem erhöhten Absturzrisiko auf das benachbarte Chemiewerk Ticona untersuchten.

Bereits während der Anhörung waren Zweifel an der Stichhaltigkeit der Prognose aufgekommen. Gutachter der Gemeinden im Flughafenumfeld hatten die technische Kapazität eines

künftigen Vier-Bahnen-Systems mit bis zu 900.000 Flüge pro Jahr ermittelt.

Nun musste der „Nachbar“ nachrechnen - und kommt plötzlich zu viel höheren Zahlen. Um die Nachfrage auch 2020 zu befriedigen, sind mehr als 700.000 Starts und Landungen pro Jahr erforderlich, heißt es jetzt.

Bei einem jährlichen Zuwachs des Luftverkehrs um rund fünf Prozent ist leicht hochzurechnen, wann der Bedarf bei 800.000 oder 900.000 Flügen liegt. Wieder einmal wurde die Region beschummelt.

Bleibt die Frage: Dürfen die eigentlich alles? rh

Verfahren abbrechen

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/ Linke Liste fordert in einem Antrag den Abbruch des Genehmigungsverfahrens zum Flughafenausbau.

Im Antrag heißt es: „Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Mörfelden-Walldorf unterstützt nachdrücklich die Forderung nach Abbruch des Genehmigungsverfahrens zum Flughafenausbau, die Landrat Enno Siehr dieser Tage als Sprecher der Initiative „Zukunft Rhein-Main“ öffentlich erhoben hat.

Der Magistrat wird beauftragt, diese Forderung mit dem Anwalt der Stadt zu erörtern und unverzüglich im laufenden Verfahren einzubringen.“

Begründung: Im Februar lehnte die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich einen Antrag der DKP/LL-Fraktion ab, den Abbruch des Genehmigungsverfahrens zum Flughafenausbau und den Rücktritt des RP Dieke zu fordern, in dem es u.a. hieß:

„... Auftrag des RP ist offensichtlich die zügige Durchführung und der Abschluss des Verfahrens im Interesse des Flughafenbetreibers Fraport AG und der Hessischen Landesregierung, die schon vor Beginn der Erörterung mit der Formulierung des Planfeststellungsbeschlusses begonnen hat. ...“ Der Regierungspräsident arbeitet allen Mängeln im Antrag und Fehlern in der Vorbereitung zum Trotz auf den baldmöglichsten Abschluss des Genehmigungsverfahrens im Interesse der Fraport AG und der Hessischen Landesregierung hin. Diese äußerten sich entsprechend zufrieden. Weniger Grund zur Zufriedenheit haben die Bürgerinnen und Bürger der Region und die Städte und Gemeinden. Viele halten das ganze Verfahren von Anfang an für ein „Staatschauspiel“. Die Stadtverordnetenversammlung sollte dazu eindeutig Stellung nehmen.

Herzlichen Dank

allen, die regelmäßig für den „blickpunkt“ spenden. So bleibt der „blickpunkt“ die „kleine Zeitung mit der großen Wirkung!“

Die „blickpunkt“-Redaktion

AUS DEM KREISTAG

Die Linke.Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau wird in den Kreistagsausschüssen wie folgt vertreten sein: Gerd Schulmeyer im Haupt- und Finanzausschuss und Beteiligungen. Helmut Werner im Ausschuss für Bildung, Schule und Jugend und im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Riedwerke und Bauen. Marianne Flörsheimer im Ausschuss für Soziales und kommunale Beschäftigungsförderung und im Ausschuss für Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung.

Die Mitarbeit im Kreisausschuss, der Betriebskommission für das Kreiskrankenhaus Groß-Gerau, des Eigenbetriebes Rettungsdienst und des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschule und anderer beratender Gremien, die DIE LINKE.OL beantragt hatte, wurde vom Kreistag mehrheitlich abgelehnt. Ebenso der Antrag, die aktuelle Stunde des Kreistags an den Anfang der Sitzung zu legen und die Redezeit pro Fraktion und Thema auf fünf Minuten zu verlängern. Fraktionsvorsitzender Gerd Schulmeyer sprach von einer verpassten Chance, mit der Beteiligung aller Fraktionen ein Signal für Demokratie und Offenheit zu setzen.

Die Kreistagsfraktion wird die ihr gegebenen Möglichkeiten nutzen, ohne unmittelbaren Zugang zu Informationen und Beteiligung am Diskussionsprozess in wichtigen Fragen der Kreispolitik zur Erarbeitung von Stellungnahmen und Entscheidungen zu kommen. So hat sie jetzt in einem Brief den Landrat aufgefordert, den Kreistag umfassend über den Stand der geplanten Fusion des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau mit dem GPR Rüsselsheim zu informieren. In dem Schreiben heißt es u.a.: „... Sie haben in einer Pressekonferenz zur geplanten Fusion des Kreiskrankenhauses Groß-Gerau mit dem GPR Rüsselsheim Stellung bezogen, ohne vorher die Kreistagsabgeordneten über die Sachlage zu informieren.“

Es ist die Aufgabe des Kreisausschusses, in wichtigen Angelegenheiten die Kreistagsabgeordneten rechtzeitig und umfassend in Kenntnis zu setzen.

Bedauerlicherweise ist der Kreisausschuss dieser Verpflichtung in Sachen Krankenhausfusion nur sehr unzulänglich nachgekommen. Wir dürfen daran erinnern, dass die letzte Information Anfang des Jahres 2006 erfolgte. Wir bitten Sie, mit Nachdruck dafür zu sorgen, dass im Kreistag eine umgehende

und umfassende Information über den aktuellen Sachstand in der Frage Krankenhausfusion erfolgt“ Für den Fall, dass der Fraktion für ihre Arbeit notwendige Informationen nicht zugänglich gemacht werden, kündigt DIE LINKE.OL an, einen Akteneinsichtsausschuss zu beantragen.

Ebenso hat die Fraktion eine Anfrage an den Kreisausschuss zur Jugendarbeitslosigkeit im Kreis Groß-Gerau gestellt.



Protest auf zwei Rädern

„Raus mit den Lastwagen aus Mörfelden“, forderten die Teilnehmer einer „Fahrraddemo gegen Lärm und Feinstaub und für mehr Sicherheit“, die mit einer Kundgebung am Dalles begann. Aufgerufen hatte dazu die Aktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf gegen den Lärm (AGS) aus Mörfelden.

„Die Verkehrsbelastungen in den Durchgangsstraßen von Mörfelden sind nicht mehr hinnehmbar, wir fordern deshalb dringend ein Nachtfahrverbot für Lastwagen auf den Durchgangsstraßen“, hieß es im Aufruf der AGS.

„Der Lärm ist nicht mehr auszuhalten“, sagte eine Familie die in der Rüsselsheimer Straße wohnt. „Wir wohnen mitten im Lärm-Dreieck aus Flugzeugen, Bahn und Lastwagen“.

„Weil die Lastwagen die Rüsselsheimer Straße zur Ausweichstrecke erklärt haben, ist es rund um die Uhr laut, und wenn die Lastwagen vorbeidonnern, wackelt das ganze Haus“.

Besonders das hohe Lastverkehraufkommen erschreckt die Anwohner der Durchgangsstraßen.

Von den täglich 8079 Autos, die im Juni

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstraße 2
64546 Mörfelden-Walldorf
Telefon 06105/23366

Helmut Werner
Am Hermannsberg 79
64521 Groß-Gerau
Telefon 06152/82870

Marianne Flörsheimer
Uranstraße 7
65428 Rüsselsheim

und Juli vor einem Jahr im Gärtnerweg gezählt wurden, waren 1060 richtig dicke Brummis, zur Hälfte mit Anhänger. Die Lastwagen würden sogar durch die Westendstraße fahren, obwohl das verboten sei. Sie sollen nachts raus aus der Innenstadt, lautet eine Forderung der AGS. Und tagsüber sollte es eine Geschwindigkeitsbegrenzung für Lastwagen geben, die auch stärker überwacht werden müsse.

Um nachweisen zu können, wie ernst es mit dem Lärm ist, beauftragte die AGS ein unabhängiges Sachverständigenbüro, um die Autos und Lastwagen auf den Hauptstraßen in Mörfelden zu zählen. 13.000 Fahrzeuge pro Tag wurden gezählt.

Die Messergebnisse der AGS wurden inzwischen vom Ingenieurbüro, das die Stadt mit der Prüfung beauftragte, bestätigt, erfuhren die AGS-Leute.

Mit der Aktion wollten die Teilnehmer außerdem auf ihre Forderung aufmerksam machen, in der Mörfelder Innenstadt Geschwindigkeitsbeschränkungen einzuführen, um den Verkehrslärm und die Luftverschmutzung zu reduzieren.

ANFRAGE DER DKP/LINKE LISTE

Stolpersteine

Auf Grundlage eines Antrags unserer Fraktion wurde am 19. Juli 2005 von SPD/FDP und einem Grünen mit 23 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen (CDU) und 10 Stimmenthaltungen (Grüne/DKP/OL) beschlossen: „Der Magistrat wird gebeten, in unserer Stadt die Initiative „Stolpersteine gegen das Vergessen“ aufzugreifen. Im gesamten Stadtgebiet kann damit vor Häusern, in denen jüdische Bürger lebten, an die Opfer faschistischer Gewaltherrschaft erinnert werden. Die ersten „Stolpersteine“ werden im Benehmen mit den jeweiligen Hauseigentümern am 9. November 2005, dem Jahrestag der „Reichspogromnacht“, gesetzt. Das Projekt soll mit Patenschaften finanziert werden. Zur Vorbereitung dieser Aktion wird der Förderverein für jüdische Geschichte berufen.“

*Wir fragen den Magistrat:
Was wurde auf Grundlage dieses Beschlusses bisher getan, und wann ist damit zu rechnen, dass die ersten Stolpersteine in unserer Stadt gesetzt werden?*

ANFRAGE DKP/LINKE LISTE

Sozialpass

Im Dezember 2005 wurde folgender Haushaltsantrag unserer Fraktion mit 23 (CDU, Grüne, DKP/LL) gegen 22 (SPD/FDP) Stimmen beschlossen:

„In Mörfelden-Walldorf wird ein Sozialpass eingeführt. Die Stadt gewährt damit aus sozialen Aspekten Familien, Schwerbehinderten, Arbeitslosen und bedürftigen Bürgerinnen und Bürgern finanzielle Vergünstigungen. Der Sozialpass bietet Familien, Alleinerziehenden, und Personen mit geringem Einkommen aus Mörfelden-Walldorf die Möglichkeit, vergünstigt an Veranstaltungen, Kursen, Freizeitaktivitäten usw. teilzunehmen. Mit dem Sozialpass leistet die Stadt einen Beitrag zu einer familienfreundlichen und solidarischen Stadt. Dafür werden zunächst Haushaltsmittel in Höhe von 20.000,- Euro eingestellt.“

*Wir fragen den Magistrat:
Welche Anstrengungen wurden von der Verwaltung bisher unternommen, diesen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen?*

Nach der Kommunalwahl im März gestaltet sich die Konstituierung der Gremien mehr als langwierig. Die DKP/LL schickte deshalb an die Stadtverordnetenvorsteherin einen Offenen Brief, in dem es u.a. heißt:

Guten Tag Frau Bassler,

im Anschluss an die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. April 2006 wurde auf Ihre Bitte hin zur Fortsetzung der Konstituierung der 30. Mai 2006 vereinbart. In dieser Sitzung sollen die weiteren Wahlen, insbesondere die Wahl der ehrenamtlichen Magistratsmitglieder, vorgenommen werden. Ich habe dem in der dazu geführten Aussprache mit den Fraktionsvorsitzenden nicht widersprochen, weil wir an einem zeitnahen Abschluss der Konstituierung interessiert sind, und wir haben uns auf diesen Termin eingestellt.

Nun war der Lokalpresse zu entnehmen, dass die Magistratswahl verschoben werden soll, weil die SPD-Fraktion am 30. Mai nicht vollzählig ist. Es wurde auch ein Datum kolportiert - der 20. Juni - das der SPD-Fraktion anscheinend genehm wäre. Selbstverständlich sollen die Sitzungen und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung die Mehrheitsverhältnisse des Kommunalwahlergebnisses widerspiegeln. Transparenz und Planbarkeit sind bei Terminfestlegungen immer zu beachten. Deshalb muss man darüber offen reden. Wenn es vernünftige Gründe gibt, Tagesordnungspunkte zu vertagen oder Sitzungstermine neu anzusetzen, so ist das im Ältestenrat, zumindest aber mit den Vorsitzenden aller Fraktionen zu erörtern und eine einvernehmliche Vereinbarung zu treffen. Davon abweichende Verfahren, erst recht Festlegungen der Stadtverordnetenvorsteherin, die sich vornehmlich an den Interessen Ihrer eigenen Fraktion orientieren und die man aus der Presse erfährt, sind nicht akzeptabel und geeignet, das politische Klima in der neugewählten Stadtverordnetenversammlung erneut nachhaltig zu belasten. Aus den Erfahrungen der Wahlzeit 2001 - 2006 rät die DKP/LL-Fraktion dringend davon ab, die neue Wahlzeit so zu beginnen, wie die alte endete - mit willkürlich festgelegten Sitzungsterminen, die sich vor allem danach richten, ob die „Regierungsmehrheit“ steht. G. Schulmeyer, Fraktionsvorsitzender

Gehen Tricks und Spielchen weiter?

Der interessierte Bürger erinnert sich sicher noch, als das Stadtparlament von der SPD/FDP-Koalition ausgetrickst wurde. Genau in die Zeit, als zwei grüne Abgeordnete fehlten (sie waren auch im Auftrage der Stadt in Südostasien, um Spendengeld für Tsunamiopfer zu überbringen), terminierten sie eine Parlamentssitzung, um die Beschlusslage zum Haushalt 2006 zu ihren Gunsten zu verändern.

Nach der Wahl geht es weiter. Bei der Magistratswahl ist es für die Koalitionäre (SPD/Grüne) knapp. Weil zwei ihrer Abgeordneten am 30. Mai urlaubsbedingt fehlen, wird die Wahl eben auf den 4. Juli verschoben. Die Vorsteherin des Parlaments hat das den Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt. Als i-Tüpfelchen dieser Affäre wird noch geäußert, dass die Urlaubenden am 4. Juli sich auf Stadtkosten einfliegen lassen könnten. Geld spielt also keine Rolle. Hoffentlich weilt zu dieser Zeit keiner in Übersee.

R. D.

Mitmachen bei
der

Telefon 23366

DKP 
LINKE LISTE

Bei Großverdienern geht der Fiskus nur ans Kleingeld

Die Bundesregierung hat weitere Belastungen für Steuerzahler beschlossen – aber nur für solche mit geringen und mittleren Einkommen. In Kraft treten soll das Steueränderungsgesetz am 1. Januar 2007.

Für die, die dann noch Arbeit haben, hat die große Koalition den Arbeitsweg zur Privatangelegenheit erklärt: Die Pendlerpauschale wird abgeschafft. Zur „Vermeidung von Härten für Fernpendler“ kann lediglich noch ab dem 21. Kilometer die einfache Entfernung zwischen Wohnung und Werkstort geltend gemacht werden.

Das Arbeitszimmer in den eigenen vier Wänden darf nur noch dann als Betriebsausgabe oder Werbungskosten steuerlich berücksichtigt werden, wenn es den „Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit“ bildet. Seit der letzten großen Steuerreform galt hier die Regel, daß der Anteil der häuslichen Tätigkeit über 50 Prozent liegen mußte. Jetzt können zum Beispiel Lehrer, womöglich aber auch freie Journalisten, die ja viel unterwegs sind, die Kosten für ihr häusliches Arbeitszimmer nicht mehr bei der Steuererklärung geltend machen. Deutliche Kürzungen müssen Familien beim Kindergeld hinnehmen. Das wird ab 2007 nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres gezahlt, zwei Jahre weniger als bisher – das sind etwa 3700 Euro je Kind. Die Regelung gilt ab dem Geburtsjahrgang 1983. Für 1982 Geborene wird das Kindergeld bis zur Vollendung des 26. Lebensjahrs gezahlt.

Fast um die Hälfte zusammengestrichen haben CDU und SPD den Sparerfreibetrag – von 1370 auf 750 Euro.

Um den Eindruck zu vermeiden, dass hier nur den Normal- und Geringverdienern in die Taschen gegriffen wird, beschloß

das Kabinett auch die sogenannte Reichensteuer. Oberhalb eines Einkommens von 250000 Euro bei Alleinstehenden bzw. 500000 Euro bei Verheirateten soll ein dreiprozentiger Zuschlag auf die Einkommenssteuer erhoben werden. Hieß es bislang, diese Steuer würde etwa eine Milliarde Euro jährlich in die Staatskasse spülen, geht die Koalition jetzt nur noch von 127 Millionen aus. Die Kürzungen der Pauschalen und Freibeträge sollen nach Schätzungen von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) dagegen 2,5 Milliarden einbringen. Dazu kommen nochmal 24 Milliarden, wenn die Mehrwertsteuer wie geplant um drei Prozentpunkte angehoben wird.

Die Linksfraktion bezeichnete die Kabinettspläne als „Ungerechtigkeit hoch zwei“. Union und SPD würden mit dem Gesetz die Normalverdiener schröpfen und die Reichen schonen, hieß es.

Zeitlich passend zur Umverteilungsoffensive der Großen Koalition veröffentlichte der Sozialverband Deutschland (SoVD) eine aktuelle Verarmungsprognose für die Bundesrepublik. Bis zu 15 Millionen Geringverdiener, Arbeitslose und kleine Selbständige müssen sich danach darauf einstellen, auch im Alter in Armut zu leben. Weil sie geringe oder keine Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlten und keinen Spielraum zum privaten Sparen hätten. Betroffen seien vor allem Millionen von Empfängern des Arbeitslosengelds II, für die nur noch minimale Beiträge an die Rentenversicherung überwiesen werden. Darüber hinaus würden aber auch regulär Erwerbstätige mit geringen Einkommen selbst bei jahrzehntelanger Beitragszahlung nur geringe Ansprüche knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus erwerben.

Heu-Schreck

Fast genau ein Jahr ist es her, da hat Franz Müntefering der Unternehmerschaft einen mächtigen Heu-Schrecken eingejagt. Die Wirtschafts-Lobby tobte nach dessen Kapitalismus-Schelte, während die geschundene sozialdemokratische Seele förmlich auflebte. Aber Empörung wie Erleichterung waren von kurzer Dauer – und sind bei den einen wie den anderen und dem Verursacher der Gefühlswallung längst vergessen. Der heutige Vizekanzler Müntefering hat weiß Gott auch andere Sorgen, als den Kapitalismus zu geißeln. Er muss sich um die Optimierung von Hartz IV, mehr Kontrollen und Kürzungen kümmern. Er muss darüber nachdenken, ob die Ich-AG beibehalten, abgeschafft oder durch andere Selbstausbeutungsmechanismen ersetzt werden. Er muss mit dem Parteifreund aus dem Finanzressort darüber nachdenken, ob die ohnehin ungeliebte Reichensteuer nicht doch ein bisschen weniger hart für die Reichen ausfallen könnte. Für ein Sinnieren über die Macht des Kapitals, das keinen Gedanken an die Menschen verschwendet, hat Franz Müntefering aber nun wirklich keine Zeit mehr.

Die Sozialdemokraten halten im Interesse des Machterhalts still, die Bosse können sich zurücklehnen – ihre Bezüge steigen proportional zum Sozialabbau, ihre gnadenlosen Vorschläge bleiben vom einstigen Heu-Schrecken unwidersprochen. Deswegen nächste kapitalismuskritische Rede ist frühestens im Frühjahr 2009 zu erwarten. Dann ist wieder Wahlzeit.

Kampf gegen Arme, statt Kampf gegen Armut

Eigentlich brauchte die Zeitungsmeldung „Rotes Kreuz, Diakonie und Arbeiterwohlfahrt haben Kürzungen bei Hartz-IV-Leistungen gefordert“ nicht kommentiert werden. Sie stehen für soziale Kälte und scheinbare Unwissenheit über die soziale Lage von Arbeitslosen und geringfügig Beschäftigten. Anstatt zu fordern, dass man von Arbeit auch leben

kann, dass ein Mindestlohn dies garantiert, sieht man die Arbeitslosen als Drückeberger und Sozialschmarotzer. Personalabbau, fehlende Ausbildungsplätze, Steuerflucht, Verlagerung von Produktion ins Ausland, Steuersenkungen für Unternehmen verschärfen das Problem der Sozialkassen. Die Missstände abzuschaffen, die Riesenvermögen und Gewinne der Konzerne angemessen zu versteuern, dazu ist in dem Appell nichts zu finden.

Am meisten schmerzt uns, dass die fordernden Organisationen eigentlich dem Sozialen verpflichtet sein wollen, dass sie meist von Spendengeldern und Mitgliedsbeiträgen aus der Bevölkerung finanziert werden. Hinter der Diakonie steht die Ev. Kirche und hinter der Arbeiterwohlfahrt die SPD. Viele bringen dort ihr ehrenamtliches und soziales Engagement ein. Sie müssen sich angesichts der geäußerten Kälte der Vorstände betrogen fühlen.

R. D.

Das Imperium der Suppenküchen

Wie dem „Freitags-Anzeiger“ zu entnehmen war, hat in diesem Monat die „Speisekammer“ geöffnet. Betrieben wird die Speisekammer vom Sozialpsychiatrischen Verein Kreis Groß-Gerau e.V. Ein ehrenamtliches Helfer/innenteam sammelt für die Speisekammer bei Supermärkten und Einzelhändlern Lebensmittel, die kurz vor oder nach ihrer Mindesthaltbarkeit stehen und gibt diese kostenlos an Menschen in Not ab.

Initiativen wie die Speisekammer schießen derzeit wie Pilze aus dem Boden. Es gibt eine ganze Reihe solcher Dienste. Die klassische Suppenküche, die Tafelläden aber auch Liefersysteme für Menschen mit Mobilitätsproblemen.

Mittlerweile existieren in Deutschland allein über 600 Tafeln, die dem Tafelverband (Deutsche Tafel e.V.) angeschlossen sind. Sie versorgen täglich über 600.000 Menschen mit Lebensmitteln, davon ein Drittel Kinder und Jugendliche.

Hauptnutzer/innen dieser Einrichtungen, ob sie nun Brotkorb, Speisekammer oder wie überwiegend „Tafel“ genannt werden, sind durch zwei Merkmale gekennzeichnet: sie sind arbeitslos und sie haben Kinder. Viele „Tafelnutzer/innen“ sind auch schlicht Kleinstrentner/innen oder es sind Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Die Bundesvereinigung der Tafeln weist darauf hin, dass mit Einführung der Hartz-Gesetze (Sozialgesetzbuch II, Grundsicherung für Arbeitsuchende) die Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln um 30% zugenommen haben.

Die Tafeln sind also Reaktion auf eine immer weiter um sich greifende Armut, die, nach dem sie lange eher eine Angelegenheit der großen Städte und Ballungszentren war, jetzt „aufs Land geht“ - sie wird flächendeckend.

Die Tafeln und Mahlzeitendienste ändern natürlich grundsätzlich nichts an der Armut, sie helfen nur, wenn am „Ende des Geldes noch zu viel Monat“ übrig ist über die Runden zu kommen. Sie sind ein Stück praktische Solidarität und ein Beleg dafür, dass jeder von uns schneller als es ihm oder ihr lieb ist auf sie angewiesen sein kann. Insofern ist den engagierten Bürgerinnen und Bürgern des Helferteams zu danken.

Aber wie sieht das gesellschaftliche Umfeld in Deutschland aus, in dem die-

ses „Imperium der Suppenküchen“ immer größer wird? Ein paar dürre Fakten: 4,5 bis 6 Millionen Arbeitslose. Die Entwicklung ist durch eine kontinuierliche Umverteilung von unten nach oben gekennzeichnet. Zuletzt durch die Mehrwertsteuer, eine Steuererhöhung die ja zu allererst jene trifft, die nicht viel haben. Gleichzeitig existiert in Deutschland aber auch ein privates Nettogeldvermögen von 2,5 Billionen Euro (2.500.000.000.000). Wir registrieren hohe Unternehmensgewinne und sinkende Löhne. Übrigens haben mittlerweile viele Arbeitnehmer/innen ein Anrecht auf ergänzende Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch II, weil ihr Tariflohn zu niedrig ist. Man muß also nicht erst arbeitslos werden um zu verarmen. Die

Immer dran denken: Der „blickpunkt“ freut sich auf Leserbriefe!

Rentnerinnen und Rentner müssen eine „Nullrunde“ nach der anderen hinnehmen. Andererseits; Deutschland ist Exportweltmeister und reich, sehr reich. Der Skandal ist also nicht die Existenz der Tafeln und Speisekammern, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sie notwendig machen. Insofern sind solche Initiativen zu begrüßen, wenn zur praktischen Solidarität die politische hinzutritt. Unterbleibt letztere müssten wir von Almosen sprechen und die haben mit Menschenwürde wenig zu tun.

Was also ist zu fordern? Einige zentrale Forderungen sind schnell genannt:

- Weg mit Hartz IV
- Recht auf Arbeit zu existenzsichernden Löhnen
- Ausreichend hohe Renten und
- Anhebung des Sozialhilfesatzes.

Ach so, das Herkunftsland der Tafeln sind, wer hätte anderes vermuten können, natürlich die USA. Dort stellt man in der Tafelszene gerade fest, dass die Armut so nicht zu bewältigen ist und man politischer werden muß. Das sollte uns schneller gelingen.

Auf der Homepage der New Yorker Tafel (New York City Harvest) war jetzt die Aufforderung zu lesen, vor den großen Ferien verstärkt Lebensmittel zu sammeln. Warum?

In den Ferien bekommen die Kinder keine Schulspeisung. sl

Die verlaufene Försterin

„Kostenlose Walderlebnistouren“, dazu lädt Fraport-Försterin Petra Habeck „Kinder aus der Region in die umliegenden Wälder ein“. Damit wirbt die Fraport in der Lokalpresse.

Dem „Freitags-Anzeiger“ verdanken wir einen Augenzeugenbericht über das Wirken der wackeren Waldmännin: „Die Försterin kam etwas später, weil sie den Weg nicht gefunden hatte“ erfuhren wir vor einiger Zeit aus Kindermund. Na, das ist ja auch verständlich. Schließlich hat der Arbeitgeber der Förstersfrau viele der „umliegenden Wälder“ selber umgelegt, was mancherorts die Orientierung erschwert.

Ja, merkt den keiner diesen ungeheuren, böartigen Zynismus? Da rodet die FAG, jetzt Fraport, gegen den Widerstand der gesamten Region riesige Waldflächen für die Startbahn West, die A-380-Halle und andere großwahnsinnige Projekte, und zerstört großflächig die Umwelt. Dann schlüpft sie grinsend in die Rolle des Hüters der Wälder und heuert eine Försterin an, die ahnungslos Kindern „Geschichten aus Wald und Flur“ erzählt. Aber sicher nicht die Geschichte von den gnadenlosen Vollstreckern, die für die geplante Halle unter Polizeischutz mal eben ein paar Hektar zu viel Wald umgelegt haben, obwohl man zu dem Zeitpunkt schon wusste, dass das großkotzige Ding kleiner als geplant ausfallen würde. Und jetzt will die Fraport Kinder glauben machen, dass sie die Umwelt schützt?

Was haben wir hier vor uns - den Kreide mampfenden Wolf und die sieben Geißlein? Der Vergleich ist viel zu harmlos. Dracula als Chef des Blutspendedienstes wäre treffender. Alfred J. Arndt

Witz der Woche

Neu in Berlin: Seit letzter Woche nimmt der Papst an allen Sitzungen der CDU-SPD-Bundesregierung teil. Auf die Frage des bekanten Tagesthemens-Moderators Ulrich Wickert nach dem, 'Warum' antwortete der Papst: „Ich mache nur eines meiner Versprechen wahr. Ich habe bei meiner Amtseinführung gesagt, ich wolle immer da sein, wo die Ungerechtigkeit am größten ist.“

Stadtgeschichten



Sommerzeit war im Jahre 1937 auch schon Schwimmbadzeit für die Walldorfer Kinder. Die Schulklasse des Jahrgangs 1925/26 besuchte damals mit ihrem Lehrer Scheufele das bereits 1928 erbaute Mörfelder Schwimmbad und es war damit gleichzeitig eine Wanderung oder eine Radtour verbunden. Wie auf dem Foto zu sehen, tummelten sie sich gerade im Nichtschwimmerbecken, als es hieß „mal zusammenrücken“, damit möglichst alle auf das Bild kamen. Das Schwimmbad in der nur drei Kilometer entfernten Nachbargemeinde, mit seiner für damalige Verhältnisse großzügigen Anlage, war auch für die Kinder Walldorfs eine Bereicherung. Wunderschön gelegen befand sich dort bereits ein für Kinder, Nichtschwimmer und Schwimmer dreigeteiltes Becken, in den Maßen 100x25 Meter, sowie ein Sprungturm, der Sprünge vom 1-Meter-, 3-Meter- und 5-Meterbrett zuließ. Es gab endlich die Gelegenheit das Schwimmen zu erlernen und der Eine oder die Andere aus der Schulklasse wird die ersten Schwimmstöße am Seil des Lehrers absolviert haben. Einige Namen der gutgelaunten Gruppe seien hier genannt. Es sind jeweils von links, in der ersten Reihe: Ludwig Jourdan, Ludwig Tron, und Friedel Cezanne. In der zweiten Reihe: Eleonore Jourdan, Marie Reviol, unbekannt, Hilde Reviol, sowie Martha Jourdan, Ethel Coutandin, Wilhelm Wilker, Fritz Tron und Martin Reviol. Wir danken dem Walldorfer Museum für die freundliche Überlassung des Fotos.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Juni/Juli 2006:

8. Juni

Rettet das Vinyl

Schallplattenabend, Lieder mit dem Anfangsbuchstaben L - Beginn: 20 Uhr

9. Juni

WM-Übertragung Deutschland - Costa Rica

Beginn: 17 Uhr

11. Juni

Vernissage der Ausstellung von Ulrike Gähtgens-Maier

Beginn: 15 Uhr mit Kaffee und Kuchen

13. Juni

„Unsportliche Attacken gegen die Fußballweltmeisterschaft“

Informations- und Diskussionsveranstaltung
mit Dieter Bott - Beginn: 20 Uhr



KulBa

14. Juni

WM-Übertragung Deutschland - Polen

Beginn: 20 Uhr

20. Juni

WM-Übertragung Deutschland - Ecuador - 15 Uhr

26. Juni

HörBar: „Bastian Sick: Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod,“

Hörbuchabend - Beginn: 20 Uhr

13. Juli

Rettet das Vinyl

Schallplattenabend. Lieder mit dem
Anfangsbuchstaben M - Beginn: 20 Uhr

22. Juli

Karaoke-Night - Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Do hinne soinn die Egger
so oarm,
do misse sich die
Schbatze knije,
wonn se sich hinner
de Halme
vesteggele wolle.